

# Afrika im Blickpunkt



Institut für Afrika-Kunde  
Institute of African Affairs

---

Nummer 2

Februar 2002

ISSN 1619-3156

---

## Afrika und der 11. September 2001

Olaf Nielinger\*

*Die Schockwellen der Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 erreichten auch den afrikanischen Kontinent. Die Reaktionen in den einzelnen Staaten waren durch Empörung, Entsetzen und Anteilnahme für die Opfer geprägt. Besonders die offiziellen Stellungnahmen verurteilten die Anschläge uneingeschränkt und selbst Länder wie der Sudan und Libyen, die von den USA als Unterstützer terroristischer Aktivitäten eingeordnet werden, bekundeten ihre Solidarität mit den Opfern. Gleichwohl war vielerorts auch eine unterschwellige Genugtuung über die neue amerikanische Verletzlichkeit erkennbar. Die Folgen des 11. September 2001 markieren insgesamt einen tiefen Einschnitt für Afrika wie für andere Regionen auch. Ein erster vorläufiger Überblick über eine Auswahl afrikanischer Länder sowie einige daran anknüpfende Überlegungen sollen das verdeutlichen. Dabei können die Beispiele das Thema sicher nicht erschöpfend behandeln, gleichwohl bieten sie doch die Möglichkeit, einige Grundmuster aufzuzeigen, die in Folge der Terroranschläge auf New York und Washington die Entwicklungen im subsaharischen Afrika nachhaltig beeinflussten.*

Auf einem Treffen der in Washington akkreditierten afrikanischen Botschafter am 17. Oktober 2001 traten nahezu alle afrikanischen Staaten der von den USA ins Leben gerufenen Anti-Terror-Koalition bei – Ausnahmen bildeten lediglich Somalia und einige afrikanische Kleinstaaten. Die inhaltliche Ausgestaltung der Koalition war allerdings kaum mehr als eine beiderseitige Absichtserklärung. Sie umriss eine allgemeine Zielsetzung und setzte auf eine engere Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich, insbesondere bei den Nachrichtendiensten. Im Kern war der Beitritt der afrikanischen Staaten eher symbolischer Natur, denn – und das war von Seiten der US-Administration auch schon früh nach dem 11. September offen ausgesprochen – die konkrete Ausgestaltung sollte auf bilateraler Basis erfolgen, wo

die USA ihre Erwartungen an die einzelnen Staaten mit Nachdruck vorbringen wollten.

Als sich erste Konturen der amerikanischen Reaktion auf die Anschläge herauskristallisierten, rückten auch viele afrikanische Länder als vermeintliche terroristische Rückzugs- und Operationsgebiete in den Blickpunkt. Sowohl in der von der US-Regierung veröffentlichten Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen, als auch auf der FBI-Liste der 22 weltweit meist gesuchten Terroristen machten die afrikanischen Einträge den Löwenanteil aus. Afrika geriet so zum Operationsgebiet der von den USA ausgerufenen Anti-Terror-Koalition, und die Wahrung der eigenen Interessen gewann zunehmend an Gewicht. Viele Länder vollzogen einen Balanceakt zwischen außenpolitischer Rhetorik einerseits und der Rücksicht auf eine wachsende

---

\* unter Mitarbeit von Sigrid Faath (Länderfall Sudan) und Heinz Jockers (Länderfall Nigeria).

innenpolitische Opposition sowie die zunehmende Gefahr eines sich radikalierenden Islam andererseits.

Mit Beginn der Bombardements auf Afghanistan wurde die Kritik am Vorgehen der USA lauter. Hintergrund war nicht nur die Sorge um die zivilen Opfer, sondern vor allem die wachsende Unruhe in weiten Teilen der Bevölkerung, die den Krieg gegen die Taliban zunehmend als Angriff gegen „den“ Islam verstand und sich selbst als Opfer amerikanischer Parteilichkeit sah. Das betraf nicht nur den Sonderfall Nigeria, wo anti-amerikanische Kundgebungen in gewaltförmige Auseinandersetzungen eskalierten, sondern auch eine Zahl von Ländern mit stimmungswaltiger muslimischer Bevölkerung, insbesondere Südafrika und die Länder entlang des ostafrikanischen Grabens, die inzwischen von den USA als Krisenregion des ‘Greater Horn of Africa’ zusammengefasst werden.

Als eine Reaktion versuchten die afrikanischen Staaten, ihren Standort in der neuen globalen Sicherheitsarchitektur zu bestimmen. Zunächst ruhten viele Hoffnungen auf der Annahme, dass die Anschläge vom September zu einer Überprüfung der amerikanischen Außenpolitik führen müssten. Ein neuer Multilateralismus sei die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die USA weder allein noch unverletzlich seien. Bald wurde jedoch erneut deutlich, dass die schwachen Staaten Afrikas am anfälligsten auf externe Schocks reagieren und durch krisenhafte Erschütterungen in ihren Handlungsoptionen deutlich eingeschränkt werden. Dem begegneten einige Regierungen mit dem Versuch, eigene Akzente zu setzen. Beispiele waren die vom senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade im Oktober 2001 einberufene Konferenz über die Bekämpfung des Terrorismus, an der Vertreter aus 28 afrikanischen Staaten teilnahmen. Sie sollte die Anti-Terror-Konvention, die 1999 als Reaktion auf die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salaam unter dem Dach der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) verabschiedet wurde, weiter konkretisieren. In eine ähnliche Richtung gingen Verlautbarungen der OAU sowie Vereinbarungen über eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen einzelner Regionalorganisationen, wie beispielsweise von der SADC Mitte Oktober 2001 beschlossen, sowie einige bilaterale Abkommen, die insbesondere im Bereich verstärkter Grenzkontrollen ins Leben gerufen wurden.

Zugleich wurden auch Befürchtungen vor den ökonomischen Folgen des 11. September laut. Aufhorchen ließ eine Ende Oktober 2001 veröffentlichte Weltbankstudie, die vor den ökonomischen Langzeitfolgen der Terroranschläge für Entwicklungsländer warnte und einen Wachstumsrückgang prognostizierte, der über zehn Millionen Menschen in die Armut drängen werde – ein Großteil davon auf dem afrikanischen Kontinent. Ursächlich seien dafür ein

Rückgang in Handel und Tourismus, abnehmende ausländische Direktinvestitionen, sinkende Rohstoffpreise, Rückgang der Gastarbeiterüberweisungen und auch eine Zunahme umfangreicher Flüchtlingsbewegungen.

Hinter dieser kursorischen Zusammenfassung allgemeiner afrikanischer Entwicklungen nach dem 11. September zeigt sich aber nur eine Seite einer verwundbaren Region. Andere Facetten kommen in einer vielschichtigen Gemengelage in den einzelnen Ländern zum Ausdruck, die von den Auswirkungen der Terroranschläge in unterschiedlicher Form betroffen waren. Dies soll in den folgenden Fallbeispielen gezeigt werden.

### **Somalia**

Somalia zählte zwischenzeitlich zu den häufigst genannten Zielgebieten der Anti-Terror-Koalition. Infolge des schon Ende der achtziger Jahre zusammengebrochenen staatlichen Gewaltmonopols ist der zerfallene Staat territorial in ungezählte Machtgebiete rivalisierender Clans aufgespalten. Selbst die vor gut einem Jahr gewählte und von den Vereinten Nationen anerkannte Übergangsregierung von Salad Hassan kontrolliert nur Teile der Hauptstadt Mogadischu. Das brachte das Land in den Ruf, ein ideales Operations- und Rückzugsgebiet terroristischer und krimineller Organisationen zu sein. Wesentliche Drahtzieher der Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salaam 1998 wurden in Somalia vermutet, und auch die Ermittlungen nach dem 11. September deuteten schnell auf enge Verbindungen zwischen dem Extremistenführer bin Laden und militanten somalischen Moslemfundamentalisten. Besonders die al-Itihaad al-Islami (Islamische Einheit) rückte als Teil der terroristischen Infrastruktur in den Mittelpunkt der Ermittlungen.

Zunächst konzentrierten sich die Maßnahmen auf die informellen Geldgesellschaften, die sich im Zuge des Zusammenbruchs des formalen Bankensystems in Somalia herausgebildet hatten und über die insbesondere der Devisenverkehr aus dem Ausland abgewickelt wurde. Sie wurden verdächtigt, durch versteckte Transfers illegale und terroristische Aktivitäten zu finanzieren. Anfang November 2001 wurden die Konten der größten und wichtigsten dieser Geldtransfergesellschaften, al-Barakaat, einem Konglomerat aus Bank-, Telefon-, Internet- und Postunternehmen, weltweit eingefroren. Begründet wurde dies mit einer angeblich engen personellen Verzahnung zwischen al-Barakaat und al-Itihaad, die anhand einiger Personen aus dem al-Barakaat-Management festgemacht wurde. Dies wurde von der Barakaat-Leitung allerdings heftig dementiert. Tatsächlich konnten Vorwürfe, dass die Geldtransfergesellschaft durch die al-Itihaad kontrolliert wurde, bislang kaum erhärtet werden. Trotzdem wurden ab Ende November die Aktionen gegen das Unternehmen ausgeweitet und weitere Firmen mit al-

Barakaat-Beteiligung, vor allem im Telekommunikationsbereich, geschlossen. Somalia wurde faktisch von der Außenwelt abgeschnitten, mit teilweise katastrophalen Konsequenzen für die humanitäre Situation.

Darüber hinaus lag über Somalia aufgrund der mutmaßlichen Präsenz zahlreicher terroristischer Netzwerke die latente Drohung einer direkten US-Militärintervention. Auch hier galt der besondere Argwohn der al-Itihaad, die 1991 im Fahrwasser von Bürgerkrieg und Staatszerfall zunächst als wohltätige Organisation gegründet worden war. Doch ihre Aktivitäten blieben nicht auf Wohltätigkeit beschränkt. Als Protagonistin eines radikal islamischen Gottesstaates versuchte sie, ihre Ziele zunehmend unter Anwendung terroristischer Gewalt durchzusetzen. Seit Mitte der neunziger Jahre wurden ihr enge Kontakte zu bin Ladens al-Qaida nachgesagt. Gemeinsam sollen al-Qaida und al-Itihaad 1993 an Angriffen gegen US-Soldaten in Mogadischu und an den Bombenanschlägen in Nairobi und Dar es Salaam 1998 federführend beteiligt gewesen sein. Auch die äthiopische Regierung beschuldigte die al-Itihaad des Terrorismus und machte sie für mehrere Bombenanschläge in Addis Abeba verantwortlich. Seit 1996 gingen insbesondere äthiopische Sicherheitskräfte massiv gegen die al-Itihaad vor. Ihre gegenwärtige Lage ist unklar. Vereinzelt kursierten Gerüchte über terroristische Ausbildungslager der Organisation in Südsomalia und Puntland. Der Großteil der Beobachter geht gegenwärtig allerdings davon aus, dass sich die Organisation totgelaufen habe und politisch bedeutungslos geworden sei.

Dennoch haben die USA ihre Drohgebärden gegenüber Somalia stetig ausweitete. Zugleich zeigt sich aber, dass die Möglichkeiten der USA, in Somalia militärisch zu intervenieren, faktisch begrenzt sind. Zum einen ist das Scheitern der Operation 'Restore Hope' von 1993 noch in schmerzvoller Erinnerung, zum anderen stehen die Amerikaner vor der Frage, mit wem sie in einem von brüchigen Loyalitäten und Koalitionen geprägten Land zusammenarbeiten wollen. So hatte sich die Übergangsregierung unter Präsident Salad Hassan in ihren Stellungnahmen zwar hörbar auf die Seite der Amerikaner gestellt, dennoch gingen die USA zunehmend auf Distanz, da Hassan eine zu große Nähe zur al-Itihaad nachgesagt wurde. Anschuldigungen kommen insbesondere von seinem machtvollen Gegner, dem Somali Reconciliation and Restoration Council (SRRC), einem losen Zusammenschluss von regionalen Clan-Führern und Kriegsfürsten, der mit äthiopischer Unterstützung gegen die Übergangsregierung agiert. Auch er trat ein für eine amerikanische Intervention und die anschließende Einsetzung einer neuen Übergangsregierung nach afghanischem Vorbild. In ähnlicher Motivlage setzte auch Hussein Mohammed Aidid, Führer der United Somali Congress/Somali National Alliance (USC/SNA), die vor allem das südliche Mogadischu kontrollie-

ren, auf ein Eingreifen der Amerikaner. Komplettiert wurde das Stimmengewirr durch zahlreiche andere Kriegsfürsten, von denen die allermeisten von Äthiopien unterstützt werden.

Zugleich war Somalia auch Teil einer regionalen Konfliktkonstellation, in der die Anrainer vitale Interessen hatten. Kenia, der Sudan und Dschibuti spielten im regionalen Kräftemessen mit. Die wesentliche Bedeutung kommt aber Äthiopien zu, das aus Furcht vor einem islamisch geprägten Groß-Somalia an der Destabilisierung des Landes mitwirkte. Es unterstützte nicht nur den SRRC und andere strategisch wichtige Kriegsfürsten, sondern intervenierte auch bis in die jüngste Vergangenheit direkt militärisch in Somalia. Schließlich trat auch noch die teilautonome Republik Somaliland als weiterer Akteur im undurchsichtigen Interessengefüge der Region auf. Somaliland hat sich aus dem zerfallenden Staat herausgelöst und die Rückkehr zu stabilen politischen Verhältnissen geschafft. Der Teilstaat verfügt mit den im Kalten Krieg von den Sowjets errichteten Luft- und Seestützpunkten in Berbera über äußerst attraktive Basen, die wiederholt in den Planspielen der Koalition aufgetaucht waren und deren Nutzung Staatspräsident Egal den Koalitionären wiederholt angeboten hatte - freilich um den Preis der internationalen Anerkennung.

Für die USA war die Situation widersprüchlich. Nahezu alle politischen Akteure riefen nach einer amerikanischen Militärintervention, doch ein geeigneter Gegner schien nicht in Sicht. Das traf insbesondere auf die al-Itihaad zu. Tatsächlich ist es ungewiss, ob die Organisation überhaupt noch existiert. Seit 1996 gab es keine Terroraktionen mehr und auch größere Zusammenkünfte der Organisation waren nicht mehr zu beobachten. Zwar soll es lokal noch vereinzelte Gruppierungen geben, die sich mit al-Itihaad oder al-Qaida assoziieren, eine Bedrohung sollen sie allerdings nicht mehr darstellen. Auch amerikanische Nachrichtendienste gehen inzwischen von einer unbedeutenden Präsenz von al-Itihaad oder al-Qaida in Somalia aus. Damit wird eine militärische Intervention der Anti-Terror-Koalition in Somalia eher unwahrscheinlich.

### Äthiopien

Die Politik der Regierung in Addis Abeba steht stark im Zeichen der Eindämmung islamischer Einflüsse und der Bekämpfung separatistischer Bewegungen. Gleichzeitig versuchte Präsident Meles Zenawi, das Land wieder stärker in die internationale Gemeinschaft einzubinden, nachdem es im Gefolge des äthiopisch-eritreischen Krieges zu einer deutlichen Abkühlung insbesondere im Verhältnis zu den USA gekommen war. So erfuhr das Land als Bollwerk gegen vermeintliche somalische Terrornetzwerke zunächst eine deutliche internationale Aufwertung, denn seit 1996 attackierten äthiopische Sicherheitskräfte wiederholt die von somalischer Seite agieren-

de militant islamistische al-Itihaad, die als Urheber politischer Unruhen im östlichen Äthiopien galt.

Die äthiopische Seite nutzte den Präzedenzfall, den die Amerikaner mit ihrer Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington geschaffen hatten, um gegen radikale und gewaltbereite politische Kräfte vorzugehen und ihre Bekämpfung ins Zeichen der internationalen Terrorismusabwehr zu stellen. Leidtragende waren insbesondere die Bevölkerungsgruppen der Oromo und Somali, deren Autonomiebestrebungen mit Behinderung und offener Repression begegnet wurde. Zudem kam es wiederholt zu militärischem Eingreifen jenseits der somalischen Grenze und zu massiver politischer Unterstützung Äthiopien-freundlicher Kräfte in Somalia, zuletzt des ehemaligen Präsidenten der teilautonomen Republik Puntland, Abdullah Yussuf.

Dabei war es vor allem die gezielte Streuung von Informationen durch äthiopische Nachrichtendienste über das Gefährdungspotenzial vermeintlicher somalischer Terrornetzwerke und deren Bekämpfung, die dem Land eine beachtliche internationale Aufwertung brachte, die letztlich in der verbreiteten Wahrnehmung einer neuen Waffenbrüderschaft zwischen Äthiopien und den USA mündete. Es kursierten Berichte über militärische USAusbildungslager im Land und die Bereitstellung von Kriegsgerät. Wiederholte Interventionen in Somalia zeigten, dass weder am politischen Willen noch den militärischen Fähigkeiten Äthiopiens gezweifelt werden kann, auch weiterhin gegen vermeintliche oder tatsächliche radikal islamistische Organisationen in Somalia vorzugehen. Allerdings wuchsen auf amerikanischer Seite Vorbehalte gegen eine zu enge amerikanisch-äthiopische Allianz, da die äthiopischen Berichte über das Gefährdungspotenzial der al-Itihaad und al-Qaida als weit überzogen galten. In den USA mehrten sich Stimmen, die davor warnten, in die Rolle eines Erfüllungsgehilfen äthiopischer Interessenpolitik zu geraten. Die Befürchtung, tief in den Regionalkonflikt hineingezogen zu werden, erklärt die wachsende Zurückhaltung der Amerikaner gegenüber Äthiopien.

### **Sudan**

Ein wesentliches Ziel der sudanesischen Staatsführung unter Präsident Bashir war die Überwindung der internationalen Isolation des Landes und die schrittweise Aufhebung der 1996 wegen Unterstützung des internationalen Terrorismus verhängten Sanktionen der USA und Vereinten Nationen. Vor diesem Hintergrund nahm der Sudan nach den Terroranschlägen vom 11. September eine eindeutig pro-amerikanische Haltung ein. Nur in Nuancen wurden Einschränkungen der sudanesischen Unterstützung der Anti-Terror-Koalition formuliert, insbesondere bei der Forderung nach einer größeren Rolle der Vereinten Nationen bei der Terrorismusbekämpfung. Dennoch waren die Auswirkungen des 11. September auf den Sudan bislang eher positiver

Natur. Das formale Einklinken in die Anti-Terror-Koalition brachte dem Sudan erste außenpolitische Teilerfolge in Form der Aufhebung der VN-Sanktionen. Zudem sind die öffentlichen Solidaritätskundgebungen zugunsten der Taliban bzw. gegen die US-Angriffe auf ein islamisches Land bis heute beschränkt und damit kontrollierbar geblieben.

Erst mit Beginn der Militäroperationen in Afghanistan wurden die Einwände der politischen Führung gegen das Vorgehen der USA lauter und mündeten schließlich in der Verurteilung der Angriffe und im Aufruf, den Krieg gegen das muslimische Land zu stoppen. Gleichzeitig bekräftigte der Sudan wiederholt seine Bereitschaft, den Terrorismus zu bekämpfen. Die von Präsident Bashir und der Regierung vorgegebene Positionsbestimmung – Solidarität mit den Opferfamilien, Bejahung des Kampfes gegen den Terrorismus – wurde grosso modo von allen registrierten Parteien und NRO mit getragen und auch entsprechend in der sudanesischen Presse reflektiert.

Abweichungen zu der offiziellen sudanesischen Position gab es vor allem aus zwei Richtungen. Zum einen seitens der südsudanesischen Befreiungsbewegung Sudan People's Liberation Army (SPLA), die die neuen „strategischen Beziehungen“ der sudanesischen Regierung zu den USA – weil zu Lasten der SPLA gehend – verurteilte, und zum anderen seitens der islamischen Religionsführer. Besonders letztere spielten eine bedeutende Rolle, da sie mit ihrer Kritik an der Anti-Terror-Koalition beispielsweise als „kreuzzüglerischen Krieg gegen Araber und Muslime“ oder ihrer Fatwa, die eine Allianz islamischer Staaten mit Amerika verbot, die allgemeine Stimmung im Lande realistisch widerspiegeln. Während es in den ersten Wochen nach den Anschlägen keine öffentliche Demonstration pro oder anti-amerikanischer Prägung gab, wurde der Stimmungsumschwung nach Beginn der Bombardements auf Afghanistan entsprechend auch auf den Straßen sichtbar. Es kam ab Anfang Oktober 2001 zu ersten anti-amerikanischen Demonstrationen, deren Ton mit dem Anhalten der Angriffe auf Afghanistan aggressiver wurde.

Insgesamt wurde die seit 1989 beachtliche Stabilität des islamistischen Regimes trotz vielfältiger Probleme von den Ereignissen des 11. September nicht signifikant beeinträchtigt. Die zentralen Probleme blieben innen- wie außenpolitisch dieselben. Allerdings sind die hohe Mobilisierungskraft der Imame und Religionsgelehrten und die hohe Mobilisierungsbereitschaft insbesondere der jüngeren sudanesischen Bevölkerung latente Problemfaktoren. Im Falle eines Luftangriffs auf einen arabischen Staat könnten initiierte Massenproteste die Staatsführung zwingen, ihren gemäßigten Kurs aufzugeben und eine stärker anti-amerikanische und anti-westliche Haltung einzunehmen.

## Uganda

Die politische Situation in Uganda war seit langem von einer prekären Sicherheitslage geprägt. Anhaltend aktive Rebellenbewegungen im Norden und im Westen des Landes, ein in Teilen unkontrolliertes Militär im Kongo-Krieg und eine verschärfte Konfrontation mit dem südöstlichen Nachbarn Ruanda setzten nationale Sicherheitsinteressen auf der politischen Agenda des Landes ganz nach oben. So war die neue internationale Aufmerksamkeit auf bislang ignorierte Bedrohungsszenarien durch den internationalen Terrorismus für die ugandische Regierung ein willkommener Anlass, ihre eigenen Anti-Terror-Maßnahmen gegen Regimegegner zu rechtfertigen und auszuweiten.

Zudem verdichteten sich Verdachtsmomente, nach denen einzelne ugandische Gruppen direkte Verbindungen zum Terrornetzwerk von Osama bin Laden unterhielten. Die Mutmaßungen gingen insbesondere auf Ermittlungen des FBI zurück, das seit der Ermordung zweier amerikanischer Touristen im Bwindi-Nationalpark 1999 sowie einiger erfolgreicher und vereitelter Bombenanschläge in Kampala – darunter wohl auch auf US-Einrichtungen – seit 1998 eine verstärkte Partnerschaft mit den ugandischen Sicherheitsbehörden eingegangen war. Schon zwei Wochen nach den Anschlägen in den USA kam es zu ersten Festnahmen. Gleichzeitig häuften sich Presseberichte über mutmaßliche ugandische Kontaktstellen der al-Qaida. Plausibel konnte deshalb die Notwendigkeit einer verschärften Terrorismusbekämpfung vorgebracht werden. Im September 2001 wurde von der Regierung ein drakonisches Anti-Terror-Gesetz auf den Weg gebracht, das unter anderem die Todesstrafe für Terroristen und ihre Unterstützer vorsah und die Sicherheitsbehörden mit weitreichenden, auch extraterritorialen Ermittlungsbefugnissen ausstattete. Ergänzt durch weitere Sicherheitsmaßnahmen, etwa der Verschärfung von Grenzkontrollen zwischen Kenia und Uganda, regionalen Einschränkungen beim Waffenbesitz sowie Maßnahmen gegen Schmuggel und Drogenhandel, konnte sich Präsident Museveni als Speerspitze im Kampf gegen den internationalen Terror exponieren und gleichzeitig den Kampf gegen die rebellischen Umtriebe in Uganda erneut mit Nachdruck vorantreiben.

## Kenia

In Kenia führte der 11. September zu einer spürbaren Zunahme innergesellschaftlicher Konfliktpotenziale. Besonders im Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen wurden Spannungen erkennbar, die sich in gewaltsamen anti-amerikanischen Demonstrationen und harscher Reaktion der Sicherheitskräfte entluden. Die Konfliktpotenziale waren nicht von vornherein absehbar. Direkt nach den Anschlägen reagierten Staatsführung und breite Öffentlichkeit gleichermaßen schockiert. Das offizielle Kenia war sich in der Bewertung einer abscheulichen Tat

weitgehend einig; obgleich innerhalb der Bevölkerung auch schon früh eine versteckte Genugtuung über die neue Verletzlichkeit der Vereinigten Staaten zu spüren war.

Erste Unstimmigkeiten kamen durch die Zusage der Regierung Moi auf, die USA in ihrem Kampf gegen den internationalen Terror uneingeschränkt zu unterstützen. Die einseitig pro-amerikanische Parteinahme stieß von vielen Seiten auf Kritik. Beide großen christlichen Kirchen, Intellektuelle sowie Muslimorganisationen forderten eine deutlichere Ausgewogenheit der kenianischen Position. Im Gegenzug verwies Präsident Moi immer wieder auf die Erfahrungen der Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salaam von 1998. Diese hätten dem Land eine traumatische Erfahrung und die moralische Pflicht gebracht, dem Terror, wo er sich auch immer in der Welt äußert, mit aller Macht entgegenzutreten – eine Haltung, die es ihm auch erlaubte, die zuletzt frostiger gewordenen Beziehungen zwischen den USA und Kenia merklich aufzubessern.

Auch in Kenia vermuteten die USA al-Qaida Terrorzellen und ein breites Unterstützernetzwerk. Seit den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften 1998 waren Ermittlungsbeamte des FBI vor Ort und besonders auf ihr Drängen hin hatte sich der Fahndungsdruck mit der Zeit deutlich verschärft. Zahlreiche Razzien und vorläufige Festnahmen verdächtiger Personen führten in weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung zu Unsicherheit, da sie sich einem ungerechtfertigten Generalverdacht ausgesetzt sahen. Besonders bei muslimischen Organisationen – Imamrat, Islampartei, Muhuli (Muslims for Human Rights), Moscheenvorstände – machte sich ob des oftmals rüden und unsensiblen Vorgehens der amerikanischen Ermittler allmählich Ärger breit. Sie sahen sich der Willkür der polizeilichen Maßnahmen hilflos ausgesetzt.

Mit den Luftangriffen auf Afghanistan spitzte sich die Situation zu. Vom 7. Oktober an wurde im Anschluss an die Freitagsgebete zu anti-amerikanischen Demonstrationen aufgerufen, die in Mombasa und Nairobi wiederholt in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten endeten. Auch die Regierung verschärfte ihren Ton und kündigte an, unerbittlich gegen die Demonstranten vorzugehen. In mehreren Verhaftungswellen wurden Hunderte von Demonstranten festgesetzt.

Kenias politische Landschaft ist in vielen Bereichen durch ein gewachsenes tiefes Misstrauen der Ethnien und Religionen geprägt, das sich in Folge der Ereignisse des 11. September weiter zu verschärfen drohte. Die Furcht vor ethnischen Konflikten und ihrer gewaltsamen Entladung stieg. Kenia näherte sich zudem den für Ende 2002 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Die angekündigte Abdankung Präsident Moisi macht sich bereits in einem spannungsgeladenen Machtkampf um seine

Nachfolge bemerkbar. Die Gefahr, die durch eine zunehmende politische Instrumentalisierung ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit droht, zeigt sich in deutlichen Warnsignalen; etwa, wenn sich die Regierung durch übertriebene Härte als Garant für Sicherheit und Ordnung zu profilieren suchte und sich im Gegenzug breite Teile der muslimischen Gemeinschaft radikalisierten. Die gewaltsamen Konfrontationen der jüngeren Geschichte, die besonders in Nairobi und den muslimisch dominierten Küstenregionen schon im Vorfeld der Wahlen von 1992 und 1997 zu spürbaren Spannungen geführt hatten, sind ein Indiz für das schwelende Konfliktpotenzial in Kenia und werfen ihre Schatten auf das Wahljahr 2002.

### **Tansania**

Auch in Tansania lösten die Terroranschläge in den USA eine Welle der Empörung und der Anteilnahme aus. Die Solidarität der gesamten tansanischen Gesellschaft kam in zahlreichen Trauerbekundungen und Gedenkveranstaltungen zum Ausdruck. Erst mit Beginn der amerikanischen Luftangriffe auf Afghanistan bröckelte die Unterstützungswelle für die USA. Das ostafrikanische Land blieb zwar fest in die globale Anti-Terror-Koalition eingebunden, insbesondere im Rahmen der amerikanischen Ermittlungsarbeiten in der Region, doch war auch unverkennbar, dass die Regierung die Luftangriffe zwar nicht offen kritisierte, aber doch eine deutliche Zurückhaltung an den Tag legte. Auch die christlichen Kirchen riefen zu einer Beendigung der Gewalt in Afghanistan auf. Zahlreiche tansanische Intellektuelle bezweifelten, dass die Luftangriffe mit all ihren zivilen Opfern ein probates Mittel der Terrorismusbekämpfung seien. Vor allem aber wurde die Reaktion der muslimischen Gemeinschaft auf das amerikanische Verhalten im Verlauf der Zeit heftiger. Während es vor den amerikanischen Luftangriffen auf Afghanistan nur vereinzelt zu anti-amerikanischen Demonstrationen gekommen war, formierten sich nach dem 7. Oktober verstärkt Gegenkräfte gegen die so gesehenen „Menschenrechtsverletzungen der Amerikaner und deren Angriff gegen die muslimische Welt“.

Trotz dieser Proteste war das politische Tagesgeschäft deutlich von innenpolitischen Themen überlagert, insbesondere durch die Annäherung über ein Friedensabkommen zwischen der regierenden Chama Cha Mapinduzi (CCM) und der Civic United Front (CUF), die besonders auf Sansibar einen starken Rückhalt genießt. Dabei ist bemerkenswert, dass die Ereignisse des 11. September beide Parteien unter Druck setzten, die mühsam erreichte Annäherung nicht durch eine naheliegende aggressive Rhetorik zu gefährden. Beide Seiten riefen zu Besonnenheit und Toleranz auf, was vor dem Hintergrund neuer Spannungen zwischen beiden Konfliktparteien und zahlreicher Verhaftungen auf Sansibar, die im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in den

USA standen, eine durchaus beachtliche Leistung war.

So prägte eine insgesamt maßvolle Kritik an den USA die Auseinandersetzung mit dem 11. September. Dies war um so erstaunlicher, als Tansania massiv von den Folgen der Terroranschläge betroffen war. Die Region galt nach US-Ermittlungsergebnissen als ein wichtiger Knotenpunkt für al-Qaida-Operationen, weshalb die ohnehin schon beachtliche Zahl amerikanischer Ermittler, die im Gefolge der Botschaftsanschläge von 1998 als bis dahin größte Übersee-Mission des FBI nach Kenia und Tansania überstellt worden waren, nochmals deutlich aufgestockt wurde. Neben der Ermittlung diverser Unternehmenskontakte und -beteiligungen der bin Laden-Gruppe in Tansania, über deren tatsächlichen Umfang aber nur spekuliert werden konnte, konzentrierten sich die Fahnder auf die Regionen Dar es Salaam, Morogoro, Kigoma und Sansibar. Hier war es schon Mitte September zu pro-islamischen Demonstrationen gekommen. Bis Ende November 2001 standen in Tansania 60 Personen, die mit den Terroranschlägen vom September in Verbindung gebracht wurden, auf der Fahndungsliste. Besonders auf Sansibar wurden zahlreiche CUF-Mitglieder verhaftet. Angesichts dieser Repressionsmaßnahmen, die sich überwiegend gegen die Opposition richteten, wurden Zweifel am angeblichen Umfang terroristischer Netzwerke in Tansania vorgebracht, vor allem von Seiten einzelner Muslimorganisationen, teilweise auch aus den Reihen der Sicherheitsbehörden selbst. Sie verwiesen darauf, dass es der Regierung vor allem darum gehe, ihre eigenen Sicherheitsnetze und Kontrollmöglichkeiten auszubauen, vor allem mit Blick auf das islamisch dominierte Sansibar.

### **Nigeria**

In der Folge des 11. September verschärfen sich die bürgerkriegsartigen Zustände in Nigeria, die das Land seit der Einführung der Sharia im Großteil der nördlichen Bundesstaaten verstärkt heimgesucht hatten. Als es schon am Abend des 11. September in Gusau, der Hauptstadt des Bundesstaates Zamfara, zu Freudenfeiern und unverhohlener Genugtuung über die Anschläge gekommen war, war dies ein eindeutiges Indiz für die Regierung, welche enorme Sprengkraft sich hinter den Ereignissen in den USA verbarg. Die Sorge um die Stabilität des westafrikanischen Riesenlandes rückte in den Vordergrund. Vor allem deshalb geschah der Beitritt zur Anti-Terror-Koalition zunächst nur zögerlich. Staatschef Obasanjo hatte gegenüber US-Präsident Bush auf den starken politischen Druck von muslimischer Seite in Nigeria hingewiesen und zunächst auf eine neutrale Rolle des Landes gedrängt. Als Nigeria schließlich doch aus vornehmlich außenpolitischen Überlegungen der Anti-Terror-Koalition beigetreten war, befürwortete die Regierung in Abuja ein multilaterales Krisenmanagement unter dem Dach der

Vereinten Nationen. Doch trotz eines gemäßigten außenpolitischen Kurses und zahlreicher Solidaritätsbekundungen der Regierung und in den Südprowinzen bestimmten anti-amerikanische Demonstrationen und Sympathiekundgebungen für Osama bin Laden die politische Szene. Nach Beginn der Luftangriffe auf Afghanistan heizte sich die Stimmung nochmals merklich auf.

Obwohl Präsident Obasanjo die Gouverneure der Bundesstaaten schon früh auf wachsende Risiken im Zusammenhang mit den zu erwartenden Demonstrationen für bin Laden hingewiesen hatte und sie auch nach dem 7. Oktober nochmals nachdrücklich aufforderte, Krisenpräventionsmaßnahmen zu treffen, kam es am 12. Oktober in Kano zu blutigen Demonstrationen, die rund 200 Menschenleben kosteten. In den nächsten Tagen griffen die Unruhen auf verschiedene andere Städte und Regionen über, unter anderem auf Lagos, Niger State, Ondo und Oyo. In der Folge sprachen die meisten Bundesstaaten ein generelles Demonstrationsverbot aus.

Ob damit der Eskalation der Gewalt Einhalt geboten werden konnte, muss bezweifelt werden. Unterschiedlichen Berichten zufolge sollen in vielen Landesteilen Milizen und private Polizeieinheiten aufgestellt worden sein – teilweise mit Zustimmung der Gouverneure. In letzter Zeit entdeckte Waffentransporte lassen weitere bewaffnete Auseinandersetzungen befürchten. Der radikale Islamismus hatte durch die Folgen des 11. September weiteren Zulauf erhalten, mit entsprechenden konfliktverschärfenden Konsequenzen. Die Hauptstreitfragen blieben indes dieselben wie vor dem 11. September: die Einführung der Sharia in den Staaten des Nordens und die im Gegenzug erhobene Forderung der ölreichen Staaten des Südens nach Kontrolle der auf eigenem Territorium geförderten Ressourcen. Die Folgen der Terroranschläge auf die USA haben damit nochmals die Fragilität des nigerianischen Staates deutlich gemacht – und damit auch die latente Gefahr einer Teilung Nigerias in Nord und Süd.

### **Südafrika**

Eine kritische Solidarität bestimmte die Haltung Südafrikas nach den Terroranschlägen vom 11. September gegenüber den USA. Einerseits sollten an der festen Verankerung Südafrikas in der globalen Anti-Terror-Koalition keine Zweifel aufkommen, andererseits begegnete man den amerikanischen Luftangriffen auf Afghanistan mit spürbarer Distanz. Der südafrikanische Balanceakt stand im Zeichen des eigenen Selbstverständnisses als regionale Führungsmacht und sollte gleichzeitig innenpolitisch einer weiteren Radikalisierung unter Südafrikas Muslimen entgegenwirken. Diese zweigleisige Strategie war schon sehr bald nach den Terroranschlägen vom 11. September erkennbar. Nachdem sich in einer ersten Reaktion nahezu das gesamte gesellschaftliche Spektrum Südafrikas bestürzt und erschrocken über die Ereignisse in den USA gezeigt

hatte, zeichnete sich zunehmend ein besorgter Ton ab, der zur Besonnenheit der amerikanischen Reaktion aufrief und vor einer pauschalen Verurteilung des Islam warnte. Gerade Südafrika habe vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte die leidvolle Erfahrung gemacht, dass es zum Dialog keine Alternative gebe. Dauerhafte Lösungen auch in tiefgreifenden politischen Konflikten könnten nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden. Entsprechend erteilte Südafrika einer möglichen militärischen Beteiligung an Aktionen der Terrorismusbekämpfung eine klare Absage, bot aber gleichzeitig eine Vertiefung der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit den USA an.

In der Folge provozierten zahlreiche Verbindungen des internationalen Terrorismus nach Südafrika den Argwohn der USA. Zwar gibt es in Südafrika nur etwa eine Million Muslime, doch insbesondere in der Region Kapstadt ist ein nicht unerheblicher Teil von ihnen in radikalen Gruppierungen organisiert. Davon stehen inzwischen zwei – Pagad (People against Gangsterism and Drugs) und Qibla – auf der von der US-Regierung erstellten Liste der Terrororganisationen. Besonders Pagad wurden enge Verbindungen zur al-Qaida nachgesagt. Gemeinsam galten sie als Drahtzieher einer Serie von Bombenanschlägen, unter anderem auf die Filiale der US-Kette Planet Hollywood in Kapstadt. Ferner wurde etwa auf Kontakte bin Ladens zum Islamic Propagation Center International in Kapstadt hingewiesen, und wiederholte Rekrutierungsversuche der radikalpalästinensischen Hamas gerieten in die Schlagzeilen. Schließlich wurden die guten Beziehungen der Taliban zu südafrikanischen radikal-konservativen Muslimorganisationen offengelegt.

Insgesamt zeigte sich aber, dass es der Polizei und besonders auch den traditionellen muslimischen Organisationen in weiten Teilen erfolgreich gelungen war, Pagad und andere radikale Splittergruppen an den Rand zu drängen. Der Muslimische Rat in Kapstadt hatte sich schon vor drei Jahren von fundamentalistischen Gruppen distanziert und verurteilte auch die Terrorangriffe vom 11. September vorbehaltlos. Ebenso konnten radikale Gruppierungen davon überzeugt werden, sich mit anti-amerikanischen Kommentaren als direkte Reaktion auf die Anschläge in den USA zurückzuhalten. Allerdings wuchs mit der anhaltenden Bombardierung Afghanistans auch der Unmut unter Südafrikas gemäßigten Muslimen. Demonstrationen zogen von Woche zu Woche mehr Menschen an. Es kam zu größeren anti-amerikanischen Protesten. Auch in hohen südafrikanischen Regierungskreisen wurde vorsichtige Kritik an der US-Politik gegenüber Afghanistan geäußert.

Innenpolitisch war zudem die Diskussion um ein neues Anti-Terror-Gesetz von Belang, das infolge der Bombenanschläge in Kapstadt auf den Weg gebracht worden war. Erste Entwürfe lagen schon 1999 vor und waren aufgrund ihrer drakonischen

Strafandrohung und des zugrundeliegenden dehnbaren Terrorismusbegriffs kontrovers diskutiert worden. Befürchtungen, dass das Gesetz unter dem Eindruck des 11. September nun unter Hochdruck vorangetrieben werden würde, erfüllten sich allerdings nicht. Stattdessen wurde der Entwurf zu einer erneuten Prüfung aus dem Gesetzgebungsverfahren zurückgezogen. Damit stand Südafrika, das nunmehr auf ein stärkeres multilaterales Konflikt- und Krisenmanagement setzte, in deutlichem Kontrast zu zahlreichen auch außerafrikanischen Ländern, die in der Folge des 11. September eiligst neue Sicherheitspakete geschnürt hatten.

Obwohl die südafrikanische Politik nach dem 11. September deutlich davon geprägt war, eigene Akzente zu setzen, wurden die Grenzen der Handlungsspielräume offenkundig. Die Kritik am Vorgehen der USA wurde wiederholt der tatsächlichen Entwicklung angepasst, so dass an der Bündnistreue zu den USA nie ernsthaft Zweifel aufkommen konnte. Dies galt auch für das südafrikanische Plädoyer, den Vereinten Nationen eine stärkere Bedeutung beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zukommen zu lassen. Innenpolitisch konnte die Regierung mit ihrer Strategie der kritischen Solidarität auf einen breiten Konsens bauen. Doch während sie in der direkten Folge des 11. September auch die Stimmen der mehrheitlich gemäßigten Muslime hinter sich bringen konnte, nahm die integrative Kraft der südafrikanischen Politik mit Beginn der Luftschläge gegen Afghanistan zunehmend ab. Ob der Balanceakt südafrikanischer Politik letztlich gelingt oder ob er in einem überdehnten Spagat endet, wird bei aller Besonnenheit der südafrikanischen Regierung maßgeblich vom weiteren Vorgehen der USA abhängen – besonders von deren Fähigkeit, die islamischen Länder glaubhaft in die Anti-Terror-Koalition einzubinden.

### Schlussfolgerung

Die Folgen des 11. September im subsaharischen Afrika sind so vielschichtig und facettenreich wie der Kontinent selbst. Dies wurde auch in weiteren Ländern deutlich. Zum Beispiel im mehrheitlich islamischen Senegal, wo Präsident Abdoulaye Wade sein Land als Modell für ein friedvolles Miteinander der Religionen propagierte und sich als Gastgeber der afrikanischen Anti-Terror-Konferenz als Moderator afrikanischer Interessen profilieren konnte. Auch die Côte d'Ivoire verdient einige Beachtung, wo es vor dem Hintergrund ethnisch-religiöser Konfliktlinien unter anderem zwischen Muslimen und Christen trotz der Terroranschläge in den USA zu einem mühsam errungenen nationalen Aussöhnungsforum gekommen ist. Im Kontrast dazu ist auch der Fall Simbabwe illustrativ, wo im Zuge der gewaltsamen Landbesetzungen und der außenpolitischen Isolation eine heftige Debatte über die Auslegung des Terrorismusbegriffs einsetzte und die aggressive Rhetorik Präsident Mugabes einige Anleihen aus der

gegenwärtigen Terrorismusdebatte nahm, um insbesondere den britischen Premierminister Blair zu attackieren. Darüber hinaus können einige grundlegende Beobachtungen und Schlussfolgerungen festgehalten werden.

Die erste betrifft den Sonderfall Somalia als direktes Zielgebiet der Anti-Terror-Koalition. Die erwartete Militärintervention ist bis Februar 2002 ausgeblieben. Der Fokus auf Somalia schien zu einem erheblichen Teil auf nachrichtendienstlichen Fehlinterpretationen zu beruhen und zeigte, dass es vor allem die Zivilbevölkerung ist, die unter der allgemeinen Terrorbekämpfung zu leiden hat.

Darüber hinaus wurde am Beispiel Somalia deutlich, dass in der politischen Auseinandersetzung um die Terrorismusbekämpfung die Kernfunktionen des Staates als Garant von Sicherheit stärker in den Vordergrund rückten. Das neue Primat der Sicherheit in der internationalen Politik verschob damit das Interesse von Entwicklungsländern mit einer erfolgreichen entwicklungspolitischen Bilanz auf die Krisenregionen, wo die Erosion von Staatlichkeit und der Mangel an grundlegender humanitärer Sicherheit enorme Folgekosten zur Aufrechterhaltung globaler Sicherheit nach sich ziehen kann. Dass Unterstützung bei politischen Krisen notwendig ist, ist eine grundlegende Erkenntnis aus den Ereignissen des 11. September. Gleichwohl darf das nicht zu Lasten der erfolgreichen Entwicklungsländer gehen. Es kann also nicht um eine Umschichtung vorhandener Mittel gehen, sondern es müssen neue Mittel für die Entwicklungspolitik zusätzlich bewilligt werden. Dabei sind Ansätze des politischen Willens durchaus erkennbar. Ob allerdings die konkrete Ausgestaltung einer auf globaler Sicherheit basierenden Friedenspolitik der wohlfeilen Rhetorik letztlich gerecht wird, bleibt abzuwarten.

Die zweite Schlussfolgerung betrifft die sich abzeichnende Neuorientierung der internationalen Politik. Sie begann nach den Terroranschlägen Gestalt anzunehmen, als es auch einigen diskreditierten Regierungen gelang, auf die internationale Bühne zurückzukehren. In der Erwartung politischer und ökonomischer 'windfall profits' bot sich für viele Regierungen mit zweifelhafter Entwicklungsbilanz die Gelegenheit, die verlorene Anerkennung der USA zurückzugewinnen. Für etliche afrikanische Führer war mit dem Beginn des internationalen Kampfes gegen den Terror ein merklicher Prestigegewinn verbunden. Sie nutzten im Windschatten der Anti-Terror-Koalition die Gunst der Stunde, um ihre internationale Isolation zu überwinden.

Einschränkend muss allerdings auch bemerkt werden, dass die Solidaritätsbekundungen durch Libyens Gaddafi, Liberias Charles Taylor oder auch Simbawes Robert Mugabe zwar zur Kenntnis genommen wurden, aber in der konkreten Politikgestaltung ohne Auswirkung geblieben sind. Wesentliche Elemente des amerikanischen Ansatzes sind (geo)strategische Interessen und hier zeigte sich eine

merkliche Verschiebung hin zum Horn von Afrika einschließlich der ostafrikanischen Länder. Nicht nur die Bombenanschläge in Kenia und Tansania verwiesen auf das Gefährdungspotenzial der Subregion und provozierten die Aufmerksamkeit der USA. Zahlreiche Verdachtsmomente legten eine Verbindung der Region zum transnationalen Drogen- und Waffenhandel sowie Verbrechersyndikaten bis hin zu terroristischen Organisationen nahe. Entsprechend hatte sich in der Region der Druck auf die Regierungen erhöht, gegen mögliche Verbrechens- und Gewaltspezialisten vorzugehen. Gleichzeitig wurde damit aber auch der Spielraum der Regierungen größer, als Partner der Anti-Terror-Koalition der stringenteren Konditionierung von Entwicklungshilfe zu entgehen. Dies galt etwa für Kenia, aber auch für den Sudan, wo sich eine politische Annäherung derzeit in ersten US-Vermittlungsversuchen im sudanesischen Bürgerkrieg manifestiert.

Diese Grundtendenz birgt weitreichende entwicklungspolitische Implikationen. Die Praxis politischer Konditionalität bei der Vergabe von Entwicklungshilfe basiert auf einem mühsam erreichten weitgehenden Konsens zwischen Geber- und Nehmerländern (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit). Es wäre eine entwicklungspolitische Kehrtwende, wenn anstatt politischer Konditionalität eine Gefälligkeitskonditionalität der USA in den Vordergrund rücken würde, die die Vergabe von Entwicklungshilfe vom amerikanischen Wohlgefallen bei der Terrorismusbekämpfung abhängig machte. Zumindest einige Köder hat Washington dafür schon gelegt. Die mögliche Ausweitung des 'African Growth and Opportunity Act', die Ankündigung eines 'Trade for African Development and Enterprise Program', die angekündigte 'Overseas Private Investment Corporation', die Auffüllung des globalen Fonds zur Aids-Bekämpfung und Aussichten auf Schuldenerleichterungen sind ein lukratives, millionenschweres Anreizpaket, das US-Präsident Bush den afrikanischen Ländern in Aussicht gestellt hat; und zwar nicht mehr nur gekoppelt an Bedingungen von Demokratie und Marktwirtschaft, sondern explizit auch an substantielle Beiträge im Rahmen der Anti-Terror-Koalition.

Ein drittes wesentliches Muster erklärt sich aus dem politischen Präzedenzfall, den die USA mit ihrem Kampf gegen den Terror und mit ihrer globalen Intervention geschaffen haben. Sie lieferten ein dankbares Vorbild, Rebellenbewegungen, regionale Kriegsfürsten oder auch eine unliebsame Opposition als terroristisch zu brandmarken und vehement gegen sie vorzugehen. Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, ziviler Grundrechte und die drakonische Verschärfung der nationalen Sicherheitsgesetzgebung wurden mit der Erklärung begründet, gegen den internationalen Terrorismus vorzugehen – auch ohne einen plausiblen Zusammenhang mit dem 11. September. Sichtbar wird eine neue Unsicherheit der internationalen Politik, von der insbesondere die

fragilen Staaten Afrikas betroffen sind. Das gilt nicht nur für eine vielerorts verwundbare Opposition, sondern auch für unvollendete Prozesse der Nationalstaatsbildung, in denen auch heute noch die Grenzen zwischen Freiheitskämpfern und Terroristen fließend sind. Denn gerade die afrikanische Geschichte hat gezeigt, dass aus vermeintlich terroristischen Organisationen verlässliche Regierungen entstehen können.

Eine vierte Beobachtung richtet sich auf die zunehmende Ambivalenz im Verhältnis der afrikanischen Länder zu den USA. Sie kommt in der 'klammheimlichen Freude' einer beachtlichen Zahl von Menschen über die Anschläge zum Ausdruck. Sie basiert auf einer Praxis doppelter Standards, die die US-Außenpolitik seit jeher begleiten und gerade in den Entwicklungsländern ein Gefühl der Ausgrenzung und der Unterlegenheit hinterlassen. Allein was die Opferzahlen angeht, kennt Afrika größere Tragödien und Katastrophen, die allzu oft unbemerkt an der Weltöffentlichkeit vorbeigehen. In New York und Washington wurden großzügige Entschädigungszahlungen für die Opfer der Terroranschläge gezahlt, während die Opfer von Nairobi und Dar es Salaam nahezu leer ausgingen. Die USA umgingen mit Hinweis auf ihre nationale Sicherheit internationales Patentrecht, um aufgrund einer Handvoll tragischer Opfer der Milzbrand-Anschläge die medikamentöse Versorgung der Bevölkerung zu sichern. 30 Millionen HIV-Infizierte bzw. Aids-Erkrankungen reichten nicht aus, um den afrikanischen Ländern das gleiche Recht einzuräumen. Auch der Rückzug aus Somalia und die Tatenlosigkeit in Ruanda sind noch in lebendiger Erinnerung. Nicht zu Unrecht führen solche Entwicklungen den Menschen in Afrika die eigene Bedeutungslosigkeit vor Augen. Es ist aus diesem Blickwinkel schon fast erstaunlich, dass Trauer und Empörung nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon von einer tiefen Anteilnahme quer über den afrikanischen Kontinent zeugen.

Ähnliches gilt für die wiederholten Beteuerungen von allen Hauptakteuren der globalen Anti-Terror-Koalition, dass der Krieg gegen den Terrorismus nicht gegen den Islam gerichtet sei. Die Wahrnehmung der Betroffenen ist eine andere. Der Rigorismus, mit dem insbesondere die amerikanischen Ermittlungsbehörden gegen Muslime vorgegangen sind, Fehleinschätzungen von Seiten der Geheimdienste, die vorschnell ganze Länder oder einzelne Organisationen der Beihilfe zum internationalen Terrorismus beschuldigt haben, aber auch die einseitige Parteinahme für Israel im Nahostkonflikt, der eine enorme Symbolkraft für die gesamte arabische Welt besitzt und auch ein herausragender Bezugspunkt islamischer Extremistenorganisationen und ihres Sympathisantenumsfelds ist, haben in der Tat zu einer Polarisierung und Radikalisierung unter den afrikanischen Muslimen geführt. Dies wiederum nährte unter afrikanischen Regierungen die Be-

fürchtung gewaltsamer Gegenreaktionen, die eine unheilvolle Spirale der Gewalt in Gang setzen könnten, wie in Nigeria oder in Ansätzen auch in Kenia geschehen.

Doch auch ohne den Blick allein auf die gewaltförmige Entladung einer solchen Entwicklung zu richten, zeigt die latente Machtlosigkeit gegenüber den USA und der von ihr geprägten Form der wirtschaftlichen Globalisierung eine tiefe Kluft, die durch die Ereignisse nach dem 11. September offenkundig geworden ist. Eine egozentrische US-Politik, die in einer Mischung aus hegemonialer Interessenpolitik und hohen moralischen Ansprüchen, die selbst von den Amerikanern nicht immer eingehalten werden können, ihren Ausdruck findet, ist in den Augen der Betroffenen keine Grundlage für eine gerechte internationale Ordnung. Aus dieser Perspektive haben die USA nur eine Quittung für Arroganz und Überheblichkeit erhalten. Auch wenn die amerikanische Tendenz zur Selbstgerechtigkeit und Selbsterhöhung sicher keine Rechtfertigung des Terrors sein kann, so geht mit ihr dennoch eine schleichende Entfremdung zu vielen Menschen in Entwicklungsländern einher, die in Kommentaren über den 11. September neben ihrer Empörung zwar

keine Sympathie, aber dennoch Verständnis für die Ursachen der Anschläge äußern.

Die Signale, die derzeit von Washington ausgesendet werden – ein simplifiziertes Gut-Böse-Schema, anhaltende Drohgebärden und ein militärisches Muskelspiel – lassen allerdings vermuten, dass die USA auf die einseitige Durchsetzung ihres Machtpotenzials setzen und damit den zukünftigen Weg der vielbeschworenen Neuorientierung der internationalen Politik vorzeichnen. Die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus und die Debatte über unterschiedliche Strategien seiner Bekämpfung hat mehr offene Fragen als Antworten aufgeworfen. Erkennbar ist gegenwärtig allenfalls eine neue Unsicherheit im internationalen System. Gerade die afrikanischen Staaten bleiben eingeklemmt zwischen den globalen Konfliktlinien und den Erfordernissen gesellschaftlicher Kohäsion im eigenen Land. Dabei wird es auch unter den afrikanischen Ländern Krisengewinner geben, die durch eine geschickte Politik von den Nachwehen des 11. September profitieren. Dies wird allerdings nicht für die Mehrheit gelten, die ihre Anfälligkeit für externe Schocks nochmals nachdrücklich vor Augen geführt bekommen haben.

*Autor:* Olaf Nielinger, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg.  
E-Mail: [nielinger@duei.de](mailto:nielinger@duei.de)

Impressum: *AFRIKA IM BLICKPUNKT* erscheint unregelmäßig und bietet Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen im subsaharischen Afrika. Herausgeber ist das Institut für Afrika-Kunde (IAK) in Hamburg.

Redaktionsanschrift:  
Institut für Afrika-Kunde  
Neuer Jungfernstieg 21  
20354 Hamburg  
Tel.: 040 / 42825-523  
Fax: 040 / 42825-511  
E-Mail: [iak@uni-hamburg.de](mailto:iak@uni-hamburg.de)

Das IAK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Das Institut für Afrika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht des Instituts für Afrika-Kunde darstellen. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.

Redaktion: Cord Jakobeit  
Satz: IAK  
Druck: Institut für Allgemeine Überseeforschung, Hamburg

ISSN 1619-3156

**Institut für Afrika-Kunde**  
**Institute of African Affairs**  
im Verbund Deutsches Übersee-Institut  
- Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft -  
Neuer Jungfernstieg 21  
20354 Hamburg  
Tel.: 040 / 42825-523  
Fax: 040 / 42825-511  
E-Mail: [iak@uni-hamburg.de](mailto:iak@uni-hamburg.de)  
Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/iak>



Folgende Ausgaben von *Afrika im Blickpunkt* sind bisher erschienen:

- |            |                |  |
|------------|----------------|--|
| Nr. 1-2002 | Antonie Nord   | Somalia und der internationale Terrorismus:<br>Wie stark sind islamische Fundamentalisten<br>am Horn von Afrika?<br>Institut für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg<br>Februar 2002 |
| Nr. 2-2002 | Olaf Nielinger | Afrika nach dem 11. September 2001<br>Institut für Afrika-Kunde (IAK), Hamburg<br>Februar 2002   |